

Pressemitteilung 10.07.2018

Der NSU-Prozess ist eine Enttäuschung: für die Angehörigen der Opfer, für Betroffene rechter Gewalt in Deutschland – und für die vielfältige Demokratie

Kein Schlusstrich, dafür sind Schlüsse aus dem Versagen im NSU-Komplex zu ziehen: Behörden, Medien und Zivilgesellschaft müssen Perspektiven von Betroffenen systematisch berücksichtigen

Wenn an diesem Mittwoch (11. Juli) im Münchener NSU-Prozess das Urteil verkündet wird, ist klar, dass dieser Jahrhundertprozess die von der Politik versprochene vollständige Aufklärung (Angela Merkel) der rassistischen Verbrechen nicht ansatzweise eingelöst hat – auch wenn die fünf Angeklagten allesamt mit Verurteilungen rechnen müssen. Die in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelte hessische Beratungsstelle *response* für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt schließt sich der Forderung des Bundesverbands der unabhängigen Beratungsstellen für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt an: „Das Ende des Prozesses gegen Beate Zschäpe und ihre Mitangeklagten darf nicht das Ende der Aufklärung im NSU-Komplex bedeuten“, sagt Roman Jeltsch, stellvertretender Leiter von *response*. „Das heißt zum einen, dass die Ermittlungen zum Netzwerk des NSU weitergehen müssen. Zum anderen sind Behörden, Medien und die Zivilgesellschaft aufgefordert, die zentralen Schlüsse aus ihrem jeweiligen Versagen in der rassistischen Mordserie des NSU zu ziehen: **Die Perspektiven, Erfahrungen und Einschätzungen von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten und ihren Angehörigen müssen gehört, gesehen und systematisch berücksichtigt werden – bei Ermittlungen, in der Berichterstattung und in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen.** Das ist angesichts eines gleichbleibend hohen Niveaus dieser Gewalttaten mit im Schnitt vier Angriffen pro Tag ganz zentral.“

Die Fälle der beiden **Mordopfer aus Hessen** – der in Schlüchtern im Vogelsbergkreis lebende Blumenhändler Enver Şimşek wurde am 11. September 2000 in Nürnberg an seinem Blumenstand erschossen; knapp sechs Jahre und sieben weitere Morde später wurde in Kassel der damals 21-jährige Halit Yozgat in seinem Internet-Café ermordet – zeigen, wie Behörden, Medien und die gesamte Zivilgesellschaft im NSU-Komplex gescheitert sind: Nur wenige Wochen nach dem Mord

Beratung für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt

Counselling for persons subjected to right-wing and racist violence

تقديم الدعم والتوجيه لضحايا العنف اليميني والعنصري

Service de conseil et d'assistance pour les personnes touchées par la violence à caractère raciste et d'extrême droite

Büro Frankfurt

Hansaallee 150
60320 Frankfurt am Main

069 / 56 000 241
kontakt@response-hessen.de

Büro Kassel

Kleine Rosenstraße 3
34117 Kassel

0561 / 72989700
kassel@response-hessen.de

response-hessen.de

Ein Angebot
der Bildungsstätte
Anne Frank



an Halit Yozgat organisierte seine Familie gemeinsam mit der Familie Şimşek und der Familie Kubaşık, der Familie des in Dortmund ermordeten Mehmet Kubaşık, eine Demonstration unter dem Motto „Kein 10. Opfer“ in Kassel und Dortmund. In Kassel gingen ca. 2.000 Menschen, größtenteils aus der türkischen Community, auf die Straße. Schon zu diesem Zeitpunkt, lange vor dem Bekanntwerden des NSU, sprachen sie von einer Mordserie und wiesen auf ein mögliches rassistisches Motiv der Täter hin. Die Hinweise der Betroffenen blieben jedoch ohne Folgen für die Ermittlungen – auch jener von Halits Vater İsmail Yozgat, der einem Polizeibeamten sagte, er glaube, dass möglicherweise ein Rassist seinen Sohn ermordet hat. Statt auf ein mögliches rassistisches Tatmotiv hinzuweisen brachten Medien und Presse die ressentiment-geleitete These von den „Dönermorden“ abermals in die Schlagzeilen. Selbst in dem sich als rassistismuskritisch verstehenden zivilgesellschaftlichen Spektrum fanden die Stimmen der Betroffenen kein Gehör.

„Immer wieder wird die Perspektive der Betroffenen ausgeblendet. Das hat gravierende Folgen für das Leben von Betroffenen und ihren Angehörigen, indem das Verarbeiten des Erlebten deutlich erschwert wird“, sagt Roman Jeltsch von der Beratungsstelle response. Der Fall Yozgat in Kassel spiegelt die zahlreichen Erfahrungen von Betroffenen, die response in Beratungsgesprächen wahrnimmt: Die Familie litt nicht nur unter dem Verlust ihres Sohnes sowie unter der Ungewissheit über die Hintergründe des Mordes, sondern lange Jahre auch unter ständigen Verhören durch die Polizei und ihren Behauptungen, ihr Sohn sei an Drogendelikten beteiligt gewesen und deshalb ermordet worden (Täter-Opfer-Umkehr). Darüber hinaus ist die Rolle des Verfassungsschützers Andreas Temme bis heute ungeklärt, der sich zur Tatzeit am Tatort aufhielt. Ungeklärt sind außerdem die Motive zum Vernichten von Akten im Verfassungsschutz. Und es bleibt auch die Frage, warum das Gericht in München an der These vom „Kerntrio“ des NSU festhielt und nicht weiter in Richtung eines Netzwerkes ermittelte.

„Nach wir vor fragen sich die Betroffenen: Warum musste ihr Sohn, ihr Vater oder ihre Tochter sterben? Wer half dabei und warum wurden die Morde nicht früher gestoppt?“, sagt Roman Jeltsch. Der Münchner Prozess sei eine Enttäuschung für die Angehörigen der Opfer, deren zentralen Fragen nicht beantwortet wurden, für Betroffene rechter Gewalt, deren Vertrauen in die Institutionen im Verlauf des Prozesses eher geschwächt als gestärkt wurden – und somit für die vielfältige Demokratie, indem die Belange gesellschaftlicher Minderheiten keine angemessene Berücksichtigung fanden. „Wir fordern weitere Ermittlungen zum Netzwerk des NSU, nachdem im Gerichtsverfahren etwa mit der sogenannten ‚Todesliste‘ und weiteren möglichen Unterstützer*innen weitere Anhaltspunkte aufgekommen sind“, sagt Roman Jeltsch. Besagte Liste wurde im Brandschutt von Beate Zschäpes Wohnung gefunden und enthält mehr als 10.000 Namen und Adressen, unter anderem auch von jüdischen Einrichtungen. **Diesem Hinweis auf ein Netzwerk wurde genauso wenig nachgegangen wie der Frage nach dem Antisemitismus des NSU und möglichen Zusammenhängen mit antisemitischen Straftaten.** Auch die kritische Öffentlichkeit ist gefordert, auf weitergehende Aufklärung zu bestehen und das migrantisch situierte Wissen, wie es in der Fachsprache heißt, endlich ernst zu nehmen. Dabei braucht es auch eine weitere Auseinandersetzung mit institutionellem Rassismus, welcher die lange Mordserie des NSU in dieser Weise wohl erst möglich gemacht hat.

response - ein Angebot der Bildungsstätte Anne Frank

response berät seit Februar 2016 t als Angebot der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt/Main aufgenommen. Ende 2017 ist eine Zweigstelle in Kassel hinzugekommen, um Betroffene aus dem Raum Nord- und Osthessen besser zu erreichen. Die Beratungsfälle zeigen die gesamte Bandbreite rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt: von tätlichen Angriffen und Mobbing bis zu Erfahrungen mit Alltagsrassismus und -antisemitismus sowie sog. Mikroaggressionen. response wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch das Bundesfamilienministerium sowie im Rahmen des Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport gefördert.

www.response-hessen.de

Pressekontakt

Eva Berendsen, Leitung Kommunikation, Bildungsstätte Anne Frank
eberendsen@bs-anne-frank.de / 069 - 56 000 232 / www.bs-anne-frank.de